



N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. September 2017, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende/r
Peer Knöfler (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Lukas Kilian (CDU)	
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Christopher Vogt (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Flemming Meyer (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Verkehrsministeriums zum Sachstand der Baumaßnahmen auf der A 21 zwischen Bornhöved und Stolpe	4
	Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD) Umdruck 19/89	
2.	Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/66	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/95	
3.	Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen	8
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/14	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/94	
4.	Landespolitische Schwerpunkte des KOM AP 2017	10
	Berichtsbogen der Landesregierung Umdruck 19/31	
5.	Entwurf der Sitzungstermine des Wirtschaftsausschusses für das Jahr 2018	11
	Umdrucke 19/63 und 19/118	
6.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht des Verkehrsministeriums zum Sachstand der Baumaßnahmen auf der A 21 zwischen Bornhöved und Stolpe

Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD)

[Umdruck 19/89](#)

Herr Dr. Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, informiert darüber, dass es im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen auf der A 21 zwischen Bornhöved und Stolpe durch den Verfahrensablauf zu weiteren Verzögerungen gekommen sei. Nach den Problemen bei der Realisierung der Fahrbahnmarkierung, weil sich zunächst keine Firma für die Übernahme des Auftrags gefunden habe, werde es jetzt zu einer weiteren Verzögerung bei der Realisierung der Schutzeinrichtungen für den Straßenabschnitt zwischen Bornhöved und Stolpe kommen. Im Vergabeverfahren für die Erstellung der Leitplanken habe es zunächst zwei Bieter gegeben. Das Angebot des ersten Anbieters sei aufgrund eines Formfehlers nicht bewertbar gewesen. Der zweite Bieter habe mit seinem Angebot weit über dem Preis gelegen, der für die Realisierung vorgesehen gewesen sei. Daraufhin sei die Ausschreibung abgebrochen und eine neue Ausschreibung auf den Weg gebracht worden. Auch auf diese Ausschreibung hin habe sich wiederum der erste Bieter aus dem ersten Verfahren gemeldet und ein Angebot abgegeben, diesmal in um den Formfehler korrigierter Fassung. Auch der zweite Anbieter habe sich an dem zweiten Vergabeverfahren beteiligt und ein leicht verbessertes Angebot abgegeben. Man habe sich dann für das günstigere Angebot des ersten Anbieters entschieden. Dies werde von dem zweiten Anbieter nicht akzeptiert, der habe deshalb die Vergabekammer angerufen. Nach Abschluss des Verfahrens der Vergabekammer habe dieser dann weiter noch die Möglichkeit der Anrufung des Vergabesenats am OLG Schleswig, sodass es insgesamt zu einer weiteren Verzögerung von 10 Wochen kommen könne. Minister Dr. Buchholz stellt fest, dies sei nicht schön, aber man sei natürlich an ein sauberes und rechtstaatliches Verfahren gebunden. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass selbst bei Realisierung der Schutzeinrichtungen im Moment die in Rede stehende Strecke auf 10 Kilometern ohnehin nicht voll nutzbar gewesen wäre, da sich zwei auf der Strecke befindliche Brückenbauwerke noch im Bau befänden. Das bedeute, dass dieser Streckenabschnitt nicht durchgehend zweispurig befahren werden könne.

Abg. Vogel stellt fest, dass insgesamt die Zahl der Betriebe, die sich an den Ausschreibungen im Zusammenhang mit den Straßenbauvorhaben des Landes beteiligten, sehr überschaubar sei. Dies müsse nachdenklich stimmen. Er möchte wissen, wie die Landesregierung gedenke, mit dieser Entwicklung umzugehen. - Minister Dr. Buchholz erklärt, dass die Landesregierung dieses Problem ebenfalls sehe. Deshalb habe er zu dieser Thematik auch bereits Gespräche mit dem Bauindustrieverband und dem Baugewerbeverband geführt. Derzeit sei festzustellen, dass durch das Hochfahren von Investitionen bei der öffentlichen Hand Bedarfe entstünden, auf die das Baugewerbe jetzt erst noch reagieren müsse, indem es seine Kapazitäten ebenfalls wieder hochfahre. So habe es auch die klare Rückmeldung gegeben, dass man sich in der Vergangenheit nicht habe darauf verlassen können, von der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein auch stetig Aufträge zu bekommen, dementsprechend habe man die Kapazitäten zurückgefahren. Er kündigt an, dass die neue Landesregierung eine Verstetigung des Investitionsvolumens über die nächsten fünf Jahre herstellen wolle.

2. **Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/66](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/95](#)

(überwiesen am 20. Juli 2017)

Abg. Vogt schlägt vor, heute einen kurzen Sachstandsbericht des Ministeriums einzuholen, um danach darüber zu beraten, wie man mit den Vorlagen weiter umgehen wolle. Aus seiner Sicht seien sozusagen die Gefechtslage und die Auffassung der einzelnen Fraktionen klar, sodass auf die Durchführung einer Anhörung verzichtet werden könne.

Abg. Vogel spricht sich dafür aus, eine mündliche Anhörung zu den Vorlagen durchzuführen, da man bislang nur schriftliche Stellungnahmen eingeholt habe. Im Rahmen der mündlichen Anhörung sollten Vertreter der Beschäftigten und Gewerkschaften des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr angehört werden, denn der LBV sei von den Plänen massiv betroffen. - Abg. Hölck ergänzt, es sei auch eine Frage des Respekts gegenüber den betroffenen Beschäftigten, dass man ihnen im Rahmen einer mündlichen Anhörung Gehör schenke.

Minister Dr. Buchholz erklärt, es sei vor allem im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LBV, dass jetzt eine schnelle Entscheidung herbeigeführt werde, denn für sie sei die Unsicherheit, wie das Verfahren fortgeführt werden solle, das Schlimmste. Er befürchte, dass die Durchführung einer mündlichen Anhörung das Verfahren insgesamt nicht beschleunigen, sondern eher verzögern werde.

Zur Sache selbst führt er aus, es handle sich um eine politische Entscheidung, die vom Parlament getroffen worden sei. Zur Aufarbeitung der daraus entstehenden Fragestellungen habe das Ministerium die Unternehmensberatung KPMG beauftragt, um wichtige Kriterien auszumachen und zu gewichten. Dabei sei vorgegeben worden, dass die Bewertung unter den fünf folgenden Gesichtspunkten erfolgen solle: Personal, Kosten, Potentiale, Einfluss Schleswig-Holsteins auf zukünftige Planungsverfahren und Bedeutung und Auswirkungen für den Standort Schleswig-Holstein. Die Situation der Beschäftigten des LBV sei also ein Kriterium von insgesamt fünf, das mit untersucht und gewichtet werden müsse. Es müsse versucht werden, eine Objektivierung des Verfahrens herzustellen. Deshalb habe man sich

auch dazu entschieden, KPMG mit dieser Fragestellung zu beauftragen. Er biete gern an, dass die Ergebnisse der Prüfung im Ausschuss, gegebenenfalls dann auch von der Unternehmensberatung selbst, vorgestellt werden. Auf der Basis könne dann auch entschieden werden, ob der Ausschuss noch weitergehenden Beratungsbedarf habe und weitere Dinge anschieben wolle, wie zum Beispiel eine mündliche Anhörung. Er betont, dass es sein Bestreben sei, die Entscheidung über das Verfahren noch in diesem Jahr zu fällen. Dies sei auch im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die endlich Klarheit verdient hätten.

Abg. Vogt regt an, dem Verfahrensvorschlag von Minister Dr. Buchholz zu folgen und zunächst die Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten. - Nach Auffassung von Abg. Vogel spricht überhaupt nichts dagegen, parallel zu dem jetzt von der Landesregierung eingeleiteten Verfahren im Ausschuss zusätzlich eine mündliche Anhörung durchzuführen, um auch die Unsicherheit der Beschäftigten aufzugreifen. Daraus müsse keine zeitliche Verzögerung des Verfahrens insgesamt entstehen. - Abg. Kilian weist darauf hin, dass bereits alle Fraktionen des Hauses in dieser Angelegenheit Kontakt zu den Beschäftigten des LBV gehabt hätten. Vor dem Hintergrund des von Herrn Minister Dr. Buchholz angesprochenen Zeitfaktors spreche er sich dafür aus, zunächst die Faktenlage aufgrund des in Auftrag gegebenen Gutachtens zu schaffen. Danach könne man immer noch eine Anhörung der Beschäftigten durchführen, wenn die Notwendigkeit gesehen werde. - Abg. Vogel schlägt vor, sich das Gutachten von KPMG in der nächsten Sitzung des Ausschusses, am 4. Oktober 2017, vorstellen zu lassen und dann in der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses, am 8. November 2017, eine mündliche Anhörung durchzuführen. - Minister Dr. Buchholz erklärt auf Nachfrage, das Gutachten werde voraussichtlich innerhalb der nächsten vier Wochen vorgelegt werden. Er gehe deshalb derzeit davon aus, dass nichts gegen das von Abg. Vogel vorgeschlagene Verfahren spreche. Er weise allerdings auch noch einmal darauf hin, dass die Personalräte des LBV in den Beratungsprozess im Zusammenhang mit der Erstellung des Gutachtens von KPMG auch miteinbezogen worden seien.

Der Ausschuss spricht die Bitte an die Landesregierung aus, entsprechend des Vorschlags von Abg. Vogel in seiner Sitzung im Oktober das Ergebnis der in Auftrag gegebenen Untersuchung durch die Unternehmensberatung KPMG präsentiert zu bekommen. Darüber hinaus beschließt er die Durchführung einer mündlichen Anhörung zu den Vorlagen in seiner Sitzung am 8. November 2017. Die Anzuhörenden für die Anhörung sollen von den Fraktionen gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses bis zum 15. September 2017 benannt werden.

3. Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/14](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/94](#)

(überwiesen am 20. Juli 2017)

Abg. Meyer schlägt vor, zu den beiden Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Abg. Vogt merkt an, fraglich sei, ob die Durchführung einer Anhörung zu neuen Erkenntnissen führen werde. Aus seiner Sicht gebe es, insbesondere nach der Vorlage der Ergebnisse der zwei Bodewig-Kommissionen, in diesem Bereich kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsproblem. Darüber hinaus gehe es überwiegend um bundespolitische Entscheidungen. Er bittet darum, dass der Minister einen Überblick darüber gibt, was in den letzten Wochen zu dem Thema Planung im Land Schleswig-Holstein angestoßen worden sei.

Minister Dr. Buchholz führt im Zusammenhang mit dem Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/95](#), aus, die Landesregierung werde aufgefordert, dafür zu sorgen, dass eine frühzeitige Einbindung der Umweltverbände erfolge. Hierzu könne er darauf verweisen, dass bereits regelmäßige gemeinsame Treffen des Umweltministeriums und auch des Wirtschaftsministeriums mit den Naturschutzverbänden stattfänden. So habe es aktuell ein Ministertreffen am 1. September 2017 gegeben. Daneben fänden in beiden Häusern ad hoc Arbeitsgemeinschaften auf Arbeitsebene statt. Im Übrigen verweist er auf seine zwei Treffen mit den Naturschutzverbänden im Land, die seit seiner Amtsübernahme zum Thema A 20 stattgefunden hätten. Insgesamt befinde man sich also in einem regelmäßigen Dialogprozess.

Im Rahmen der Umstrukturierung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein im Bereich Planung werde geprüft, ob weitere Optimierungsmöglichkeiten durch übergreifende Projektbearbeitungen herbeigeführt werden könnten.

Beim Thema digitales Planen und Bauen beteilige man sich am Pilotprojekt Building Information Modeling (BIM). Dabei gehe es um den stärkeren Einsatz digitaler Möglichkeiten bei Projektplanungen und damit um die Überwindung der oft zeitraubenden unterschiedlichen technischen Schnittstellen auf dem Weg von einem ersten Entwurf zur fertigen Planung. Der

Umbau der Rastanlage Ellund an der A 7 sei mittlerweile als Pilotprojekt im Rahmen der Umsetzung des Stufenplans Digitales Planen und Bauen vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bestätigt worden.

Das Wichtigste sei aber, das im Bereich des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr über weitere Optimierungsmöglichkeiten im Bereich Anhörungs- und Planfeststellung nachgedacht werde. - Staatssekretär Dr. Rohlf's führt hierzu aus, die Planfeststellungsbehörde sei ein wesentliches Element bei der Realisierung von Infrastrukturmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund habe sich die neue Landesregierung entschieden, die Planfeststellungsbehörde künftig aus dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr herauszulösen und als zugeordnetes Amt direkt beim Verkehrsministerium anzusiedeln. Damit solle die Behörde in ihrer Unabhängigkeit sowie ihrer Effizienz gestärkt werden und damit zur Beschleunigung von Verfahren beitragen. Darüber hinaus habe das Ministerium dann auch unmittelbaren Zugriff und Einfluss auf eine angemessene Ressourcenausstattung. Gestützt werde diese Entscheidung durch die Empfehlung des Gutachters KPMG. Es habe das klare Votum der Beratergesellschaft gegeben, diese strukturelle Anpassung des LBV.SH vorzunehmen. Er - so Staatssekretär Dr. Rohlf's weiter - habe bereits in der letzten Woche über diese Strukturentscheidung mit dem Personalrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Ziel sei es, diese organisatorische Umsetzung bis Ende des Jahres vorzunehmen. Parallel dazu werde man sich gemeinsam mit der Beratergesellschaft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die internen Prozesse der Planfeststellungsbehörde angucken. Außerdem habe man mehrere Maßnahmen identifiziert, um insbesondere im Bereich der Projektgruppe Feste Fehmarn-Belt-Querung eine Stärkung zu erreichen. Dazu gehörten eine personelle Unterstützung des Teams Feste Fehmarn-Belt-Querung und die Unterstützung durch einen externen Koordinator, der den gesamten Prozess begleiten werde.

Auf Nachfrage von Abg. Metzner antwortet Staatssekretär Dr. Rohlf's, die Planfeststellungsbehörde befasse sich nicht nur mit den großen Straßenbauprojekten, sondern sei sozusagen eine globale Planfeststellungsbehörde, die jetzt direkt beim Ministerium angesiedelt werden solle.

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu den beiden vorliegenden Anträgen. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 30. September 2017 benannt werden. Als Frist für die Stellungnahmen wird der 31. Dezember 2017 festgelegt.

4. Landespolitische Schwerpunkte des KOM AP 2017

Berichtsbogen der Landesregierung
[Umdruck 19/31](#)

Minister Dr. Buchholz führt kurz in die Vorlage, [Umdruck 19/31](#), ein und hebt insbesondere die unter den Nummern 3 und 5 genannten Vorhaben hervor.

Der Ausschuss schließt damit seine Beratung ab und nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5. Entwurf der Sitzungstermine des Wirtschaftsausschusses für das Jahr 2018

[Umdrucke 19/63](#) und 19/118

Auf der Grundlage des Entwurfs der Sitzungstermine beschließt der Wirtschaftsausschuss die Sitzungstermine für das kommende Jahr 2018 ([Umdruck 19/118](#)).

Der Ausschuss nimmt auf Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Dr. Tietze, in Aussicht, im kommenden Jahr ein bis zwei auswärtige Sitzungen durchzuführen.

6. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, kündigt an, am Rande des kommenden Plenums mit den Sprechern der Fraktionen über eine Informationsreise des Ausschusses sowie die geplanten auswärtigen Sitzungen des Ausschusses im kommenden Jahr Gespräche zu führen und bittet um Vorschläge aus den Fraktionen dazu.

Vom Ausschuss werden folgende Termine gebilligt:

- 08.11.2017 (Sitzung des Wirtschaftsausschusses): Vorstellung des Projektes NEW 4.0 durch die Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH
- 16.11.2017 (Mittagspause des Plenums): Energiepolitischer Mittag mit dem Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO)
- 25.01.2018 (Mittagspause des Plenums): Gespräch mit der DB AG über aktuelle Projekte

Minister Dr. Buchholz informiert den Ausschuss über eine Realisierungsvereinbarung mit der Gemeinde Hamberge zur Einrichtung eines E-Highway auf der A 1, die jetzt vor dem Hintergrund habe abgeschlossen werden können, dass der bereits 1988 vom Land zugesagte Lärmschutz umgehend realisiert werde.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Dr. Tietze

Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin